

## NACHRICHTEN

## «Undichte Stellen» bei Kosovo-Einsatz

WASHINGTON: Das US-Verteidigungsministerium hat eingeräumt, dass es zu Beginn des NATO-Einsatzes im Kosovo undichte Stellen gab. Dadurch kam das serbische Militär an Schlüsseldaten über die Bombenziele. «Es gab Sicherheitsprobleme während der ersten zwei Wochen», sagte Pentagon-Sprecher Kenneth Bacon laut einem Bericht der «Washington Post» vom Freitag. Am Rande der gegenwärtigen Asien-Reise von US-Verteidigungsminister William Cohen wies Bacon jedoch britische Medienberichte zurück, wonach ein serbischer Spion in den Reihen der NATO die geheimen Informationen weiter gegeben habe. Die Sicherheitslücken seien wahrscheinlich dadurch entstanden, dass Teile der Einsatzbefehle vom NATO-Hauptquartier per Faxmaschine weiter geschickt wurden.

## Vorerst kein neuer Hilfskonvoi für Grosny

GENÈVE: Das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) will vorerst keinen zweiten Hilfskonvoi in die tschetschenische Hauptstadt Grosny schicken. Grund sei die Unsicherheit, erklärte UNHCR-Sprecher Ron Redmond am Freitag in Genf. Ein erster Konvoi hatte am 29. Februar 48 Tonnen Hilfsgüter nach Grosny gebracht. Nur wenige Stunden, nachdem der Konvoi die Stadt wieder verlassen hatte, seien in dem Stadtbezirk, wo sich die lokalen UNHCR-Mitarbeiter aufgehalten hatten, schwere Kämpfe ausgebrochen, sagte Redmond. Zwischen 1500 und 1700 Tschetschenen flüchteten in den letzten Tagen täglich nach Inguschetien. Gleichzeitig seien 900 bis 1100 Personen nach Tschetschenien zurückgegangen, die wenigsten davon aber, um dort zu bleiben, sagte Redmond.

## Prcac plädiert auf unschuldig



DEN HAAG: Der wegen Kriegsverbrechen angeklagte bosnische Serbe Dragoljub Prcac (Bild) hat am Freitag vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag alle Vorwürfe zurückgewiesen. Prcac wird beschuldigt, während des Bosnienkrieges stellvertretender Leiter des berüchtigten Gefangenelagers Omarska gewesen sein, in dem Moslems beinahe täglich geschlagen, gefoltert, vergewaltigt und getötet wurden. Der 62-Jährige wurde formell in acht Punkten wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstößen gegen die Genfer Konvention angeklagt. Ihm droht bei einem Schuldspruch in nur einem der Anklagepunkte lebenslange Haft. Prcac war am Sonntag in Bosnien von NATO-Soldaten festgenommen worden. Der Termin für den Prozessbeginn soll noch in diesem Monat bekannt gegeben werden.

## Neue Oppositionspartei im Kosovo

PRISTINA: Im Kosovo ist am Freitag die Gründung einer neuen Oppositionspartei bekannt gegeben worden. Die Partei will «konstruktive Kritik» an der UNO üben. Naim Maloku, ein früherer Kommandant der aufgelösten Kosovo-Befreiungsarmee UÇK, erklärte, seine Zentrale Liberale Partei des Kosovo stehe den beiden grossen Parteien gegenüber, die mit der UNO zusammenarbeiteten. Damit spielte er auf die Partei für Fortschritt und Demokratie im Kosovo (PPDK) des früheren politischen Chefs der UÇK, Hashim Thaci, und der Demokratischen Liga des Kosovo an. Maloku war zu Zeiten der UÇK ein Vertrauter Thacis gewesen.

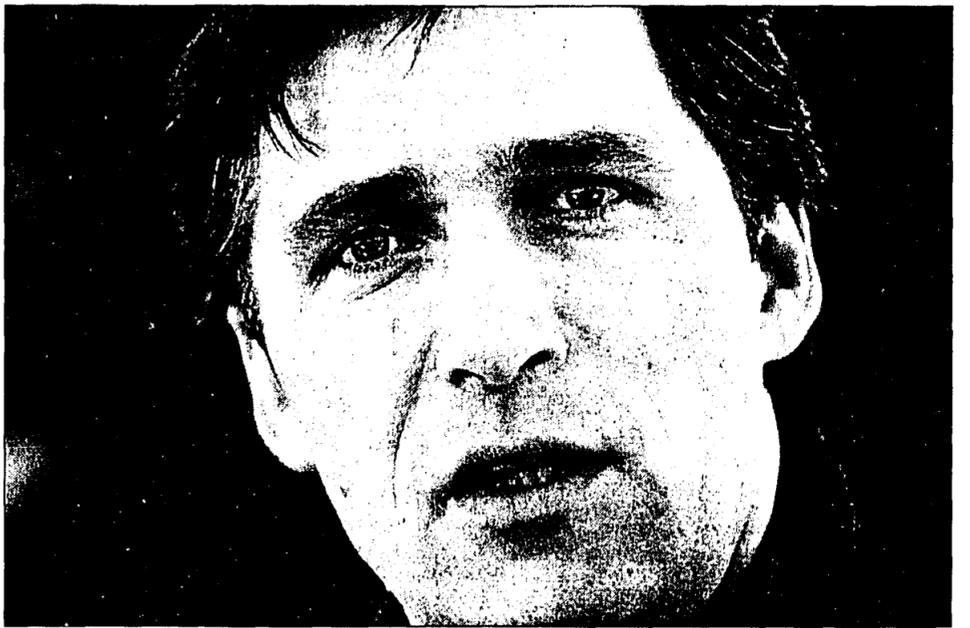
## Hessische CDU entlässt Generalsekretär

WIESBADEN: Die CDU des deutschen Bundeslandes Hessen hat am Freitagabend ihren Generalsekretär Herbert Müller wegen der Finanzaffäre der Partei entlassen. Die Entlassung sei auf Wunsch Müllers erfolgt, teilte der CDU-Landeschef Roland Koch mit. Müller hatte eingeräumt, im Dezember vergangenen Jahres 50 000 Mark aus dubiosen Quellen falsch deklariert und als Einnahme für die CDU verbucht zu haben. Anfang Januar habe er die Falschbuchung rückgängig gemacht, Koch aber nicht informiert.

## Stoltenberg bildet Regierung

Norwegen: Regierungswechsel bringt vermutlich Annäherung an EU

OSLO: Nach dem Scheitern der Mitte-Rechts-Regierung in Norwegen will der sozialdemokratische Fraktionschef Jens Stoltenberg ein neues Kabinett bilden. Stoltenberg kündigte am Freitag in Oslo an, er habe den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen. Der bisherige christdemokratische Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik hatte nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung am Donnerstagabend seinen Rücktritt angekündigt und am Freitag König Harald V. Stoltenberg als Nachfolger vorgeschlagen. Beobachter erwarteten von dem Regierungswechsel eine Annäherung des Nicht-EU-Mitglieds Norwegen an die Europäische Union. Stoltenberg und der sozialdemokratische Parteichef Thorbjørn Jagland, der als künftiger Aussenminister gehandelt wird, sind im Gegensatz zu Bondevik überzeugte Europäer. Stoltenberg war schon Energie- und Finanzminister. (Bild: Keystone)



## Schweden: Sozialdemokraten für Euro-Beitritt

Ausserordentlicher Parteitag will dem Volk das letzte Wort geben

STOCKHOLM: Die schwedischen Sozialdemokraten haben sich am Freitagabend in Stockholm auf einem ausserordentlichen Parteikongress für den Beitritt ihres Landes zum Euro ausgesprochen. Das Volk soll das letzte Wort haben.

Für den von Ministerpräsident Göran Persson unterstützten Anschluss an die gemeinsame EU-Währung stimmte eine Mehrheit von 234 Delegierten bei 113 Nein-

Stimmen. Unmittelbar vor der Abstimmung hatte Aussenministerin Anna Lindh erklärt, dass die Parteiführung nun auch für die Durchführung einer Volksabstimmung zur Frage des Euro-Beitritts sei.

## Abstimmung im Jahr 2002

Persson, der ursprünglich gegen ein Referendum war, beugte sich damit zusammen mit der sozialdemokratischen Führungsspitze dem

Druck zahlreicher Delegierter. Als wahrscheinlicher Zeitraum für das Votum der schwedischen Bevölkerung gilt das Jahr 2002.

## Keine Alternative

Persson hatte zu Beginn des Parteikongresses erklärt, in einer globalisierten Wirtschaftswelt gebe es auch für Schweden keine Alternative zum Euro. «Der Euro ist der beste politische und wirtschaftliche Schutz gegen die Kräfte der Globa-

lisierung», sagte Persson. Schwedens alleinige Regierungspartei traf ihre Grundsatzentscheidung einen Tag, nachdem in Kopenhagen der ebenfalls sozialdemokratische dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen für den 28. September ein Referendum über die Einführung des Euro anberaumt hatte. Im Gegensatz zu Dänemark strebt die schwedische Regierung nicht den schnellstmöglichen Beitritt zum Euro an.

## Anklage gegen Radio-Liberty-Reporter

MOSKAU: Die russischen Behörden haben gegen den Reporter des US-Senders Radio Liberty, Andrej Babizki, Anklage erhoben. Sie werfen dem Journalisten Zugehörigkeit zu tschetschenischen Rebellen-Gruppen vor.

Das sagte der russische Vize-Justizminister Juri Kalinin am Freitag der Nachrichtenagentur Interfax. Babizki solle nicht in Haft genommen werden, doch dürfe er Moskau weiterhin nicht ohne Genehmigung

verlassen. Die Anklage der Generalstaatsanwaltschaft gegen den russischen Journalisten laute auf «Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande», hiess es. Der entsprechende Artikel 208 des Strafgesetzbuches sehe eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren vor.

Babizki, der wegen seiner kritischen Berichterstattung aus Tschetschenien bei den russischen Behörden unbeliebt ist, war erst Anfang vergangener Woche aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

## David Levy kommt nach Bern

BERN: Am Montag besucht der israelische Aussenminister David Levy die Schweiz. Die Visite steht für einen Neuanfang der während Jahren getrübbten Beziehung zwischen den beiden Staaten.

Im Zentrum des Treffens zwischen Aussenminister Levy und Bundesrat Joseph Deiss steht der Friedensprozess im Nahen Osten. Dieses Thema hat nach dem Nahost-Besuch von Deiss Fragen aufgeworfen, die nun einer Klärung bedür-

fen. Der Schweizer Aussenminister hatte in Damaskus erklärt, Bern sei für einen Abzug Israels von den Golan-Höhen und einen Rückzug hinter die Grenzen von 1967. Darauf wünschte Israels Botschafter in der Schweiz, Yitzchak Mayer, «Erläuterungen» über die Äusserungen von Deiss.

Das Dossier über den Golan sei sehr komplex, unterstrich Mayer im Gespräch im Vorfeld der Visite Levys mit der Schweizerischen Depeschagentur sda.

## Der Fall Luxor ist endgültig abgeschlossen

Die 36 toten Schweizer wurden Opfer eines tragischen Zufalls

BERN: Das Massaker von Luxor, bei dem 58 Touristen – davon 36 aus der Schweiz – ums Leben kamen, war nicht gegen die Schweiz gerichtet. Vielmehr wollten die Terroristen möglichst viele Touristen töten und so Ägyptens Tourismusbranche treffen.

Diese Schlüsse zieht die Bundespolizei in ihrem am Freitag veröffentlichten Schlussbericht zu der Tragödie vom 17. November 1997 vor dem Hatschepsut-Tempel in Luxor. Die Bundesanwaltschaft (BA) stellte das Ermittlungsverfahren am Mittwoch ein. Bei dem Blutbad vor der historischen Stätte beim Tal der Könige wurden 58 Touristen, 36 von ihnen aus der Schweiz, vier einheimische Wacheleute sowie sechs beteiligte Terroristen getötet. Weitere 24 Personen wurden verletzt, darunter 12 Schweizer.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, waren die sechs Terroristen den ägyptischen Sicherheitsbehörden unbekannt. Ihr Führer gehörte der Gamaa-al-Islamija an. Sie waren

mit Waffen russischer Bauart – mutmasslich in ägyptischen Polizeistationen erbeutet – bewaffnet.

Sie begannen unmittelbar und blindlings um sich zu schiessen. Die Bundespolizei kommt zum Schluss, dass sie keine Geiselnahme planten,

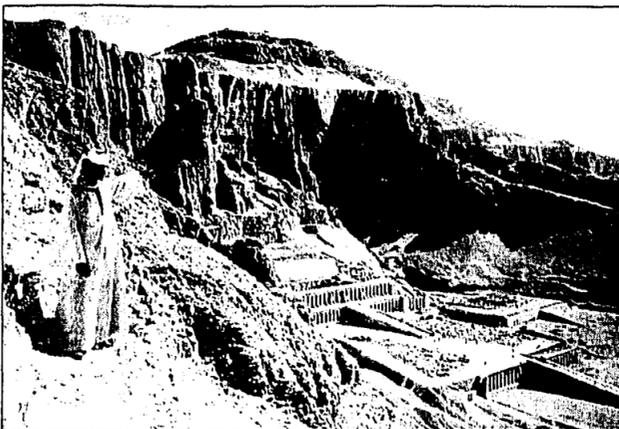
sondern einzig aufs Töten aus waren.

Der Anschlag steht nach den Erkenntnissen in keinem Zusammenhang mit dem in den USA einsitzenden blinden Scheich Omar Abderrahman. Dieser verbüsst dort

wegen des Anschlags auf das World Trade Center in New York eine Haftstrafe.

Aufgrund dieser Erkenntnisse schliesst die Bundespolizei, dass die Schweizer Opfer eines tragischen Zufalls wurden. Die Terroristen hätten nicht die Schweiz im Visier gehabt, sondern den Tourismus, einen wichtigen Wirtschaftszweig Ägyptens, und damit die Stabilität der Regierung.

Die Ermittlungen beschäftigen die Schweizer Behörden intensiv, allerdings erst nach einer gewissen Zeitverzögerung, bis sie das ägyptische Justizministerium erreichten. Am 26. April 1998 begab sich eine erste Delegation der Bundespolizei nach Kairo. Sie versuchte mehrere Male die persönlichen Gegenstände der getöteten Schweizer zu finden. Die Situation sei aber «chaotisch» gewesen. Die Ägypter erklärten zunächst, dass die Gegenstände in den Händen der Justiz seien und dass sich die Reiseveranstalter um deren Rückgabe zu kümmern hätten.



Das Ermittlungsverfahren zum Blutbad vor der historischen Stätte beim Tal der Könige wurde endgültig abgeschlossen.